



Herren
Regionspräsident
Hauke Jagau

Vorsitzender der Regionsversammlung
Bodo Messerschmidt

übrige Fraktionen z.K.

im Hause

Hannover, den 21.02.2013

Antrag gem. § 8 (1) der Geschäftsordnung

In die Sitzung des Regionsausschusses am 16.04.2013

In die Sitzung der Regionsversammlung am 14.05.2013

Betreff

Antrag: Wasser ist Menschenrecht

Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand

Beschlusstext

Das Recht auf Wasser sowie das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen.

Eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein. Nur in öffentlicher Hand ist das auch dauerhaft möglich.

Die Region Hannover spricht sich daher nachdrücklich gegen Versuche aus, den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Die Wasser- und Abwasserwirtschaft ist Daseinsvorsorge und fällt nicht unter das Wettbewerbsrecht.

Wir fordern das Europäische Parlament und den Rat stattdessen auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Wasserversorgung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Einwohnerinnen und Einwohner zu

den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft gehen vor Marktinteressen.

Wir fordern die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen Zwangsliberalisierungen der Leistungen der Daseinsvorsorge auszusprechen und entsprechende Versuche abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.

Wir begrüßen, dass bereits nach vier Monaten mehr als 1 Million Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative „right2water“ gesammelt wurden. Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Mehr noch: Es ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt! Die nun erreichten eine Million Unterschriften für die Bürgerinitiative right2water ist ein klares Zeichen der Menschen in Europa für eine gesicherte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Versorgung mit sauberem Trinkwasser.

Begründung:

Bei der Neuregelung der Konzessionsrichtlinie auf europäischer Ebene muss es darum gehen, öffentliche Träger der Wasserversorgung - wie Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände - aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herauszunehmen. Es besteht keine Notwendigkeit, bewährte Formen guter und bezahlbarer öffentlicher Wasserversorgung denselben Marktregeln zu unterwerfen wie es bei privaten Anbietern erforderlich ist!

Zwar sieht die Konzessionsrichtlinie keine Privatisierung und keine Liberalisierung der Wasserversorgung vor. Die Kommunen können auch künftig nach wie vor selbst entscheiden, ob die öffentliche Daseinsvorsorge und damit auch die Wasserversorgung privaten oder öffentlichen Anbietern anvertraut wird.

Die Konzessionsrichtlinie setzt sich zum Ziel, allgemeine Regeln für die Qualität und Bezahlbarkeit des Wassers sicherzustellen, um Transparenz zu wahren und Korruption zu verhindern, wenn Private zum Zuge kommen. In ihrer jetzigen Form geht jedoch Liberalisierungsdruck auf die Kommunen aus, z.B. indem bewährte Beteiligungsstrukturen in Frage gestellt werden.

Bei der Abstimmung im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlamentes ist mit konservativ-liberaler Mehrheit nun ein fauler Kompromiss beschlossen worden, der vorsieht, die Wasserversorgung lediglich zeitlich begrenzt bis 2020 aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie zu nehmen und auch nur dann, wenn sie zu 100% in öffentlicher Hand ist. Das reicht uns nicht. Wir wollen, dass die Kommunen eine gute Wasserversorgung dauerhaft sicherstellen können!

SPD Regionsfraktion Hildesheimer Str. 20 30169 Hannover Postanschrift: Postfach 147, 30001 Hannover Tel.: 0511 / 616 22192	Regionsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hildesheimer Str. 20 30169 Hannover Postanschrift: Postfach 147, 30001 Hannover Tel.: 0511 / 616 22084	2
--	--	---

Die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Führung von Frau Merkel hat sich in keiner Weise im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die Wasserversorgung in öffentlicher Hand eingesetzt. Vielmehr hat sie im Rat dem Vorschlag der Kommission zugestimmt und nimmt somit billigend in Kauf, dass hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung in Deutschland gefährdet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Rudsuck
(stlv. Fraktionsvorsitzende SPD)

Raoul Schmidt-Lamontain
(Fraktionsvorsitzender GRÜNE)